

Haushaltsantrag des Beirates Findorff

Der Beirat Findorff fordert den Senator für Inneres auf der Grundlage des § 8 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter auf, im Haushalt 2022/23 die Mittel für die erforderlichen personellen und sachlichen Kapazitäten für zukünftige hybride Konferenzen (physische Versammlungen und gleichzeitige Livestreams) des Beirates und der Fachausschüsse in Findorff festzuschreiben.

Begründung:

Die Erfahrungen mit Videokonferenzen während der Lockdown-Phasen haben gezeigt, dass die Beteiligung an öffentlichen Treffen der o.g. Gremien deutlich gesteigert werden kann, wenn die Möglichkeit besteht, dies durch Einwählen von zu Hause aus zu tun. Je nach Thema können Beteiligungen von mehr als 50 Personen beobachtet werden. Transparenz und Bürger*innenbeteiligung sind die wichtigsten Felder für Kommunalpolitik. Diese hinzugewonnenen Qualitäten sollten nicht aufgegeben werden, wenn wieder zu Präsenzsitzungen zurückgekehrt wird.

Die Mitarbeiter*innen des Ortsamtes West sind während der Sitzungen vollständig ausgelastet mit ihren eigentlichen Aufgaben und können weder den Job eines/r Digital Assistent*in übernehmen noch Bedienung, Aufbau und Transport des erforderlichen Equipments organisieren. Die zusätzliche Leistung besteht in dem Beantworten und Managen des Chatkanals, Kommunikation mit der Moderation der Sitzung und Vor- und Nachbereitung der digitalen Session. Die neu entstandenen digitalen Möglichkeiten können von allen drei Beiräten des Bremer Westens genutzt werden.

Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN im Beirat Findorff

Haushaltsantrag des Beirates Findorff

Nach § 8 Abs. 4 BeirOG in Verbindung mit § 32 Absatz 1 und 2 BeirOG hat der Beirat Findorff das Recht, Anträge zur Haushaltsaufstellung, insbesondere zu selbst entwickelten Vorhaben und Projekten, bei der fachlich zuständigen senatorischen Behörde zu stellen.

Der Beirat Findorff fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf, im Haushalt 2022/2023 die notwendigen Mittel für die Umsetzung eines neuen und helleren Lichtkonzeptes für den Findorfftunnel festzuschreiben.

Begründung:

Der Beirat Findorff möchte im Rahmen der Verkehrswende den Fuß- und Radverkehr stärken. Insbesondere für die Förderung des Fußverkehrs ist es wesentlich, dass „dunkle Ecken“ und sogenannte „Angsträume“ beseitigt werden. Folglich gilt es aus Sicht des Beirates Findorff, den Findorfftunnel als zentrale Verbindung zwischen Bremen-Findorff und Bremen-Mitte aufzuwerten und mit einem neuen und helleren Lichtkonzept auszustatten. Ein konkretes Lichtkonzept wurde bereits von dem Ingenieurbüro für Kommunal- und Architekturbeleuchtung „Oliver Christen Lichtplanung“ entwickelt und sowohl dem Beirat Findorff als auch dem Beirat Mitte vorgestellt. Der zentrale Vorteil des Lichtkonzeptes besteht in der verbesserten Helligkeit, die nicht nur das Gefühl der Sicherheit erhöht - und damit einen zentralen Angstraum in Findorff beseitigt - sondern auch durch die bessere Farberkennung tatsächlich eine größere Sicherheit gewährleistet. Ferner kann durch das neue Lichtkonzept eine Energieersparnis von ungefähr 25-30 % (ca. 20 Tonnen CO₂) erreicht werden.

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN im Beirat Findorff

Bremen, 15.02.2021

Der Beirat möge beschließen:

Haushaltsantrag des Beirates Findorff

Bereitstellung der Mittel für die von den Beiräten Mitte und Findorff geforderte
Lichtinstallation im Findorfftunnel

Der Beirat Findorff fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf der Grundlage des § 8 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter auf, im Haushalt 2022/23 die bereits von der Bremischen Bürgerschaft am 08.02.2017 beschlossene und im Dezember 2019 den Beiräten Mitte und Findorff vorgestellte Lichtinstallation im Findorfftunnel und die dafür veranschlagten Mittel festzuschreiben.

Begründung:

Der Findorfftunnel liegt an der Schnittstelle zwischen Bahnhofsvorstadt und Findorff. Er stellt eine wichtige Wegeverbindung in Richtung Innenstadt dar und wird insbesondere auch von Schülerinnen und Schülern täglich benutzt, ist aber auch gleichzeitig ein markantes Eingangstor in unseren Stadtteil.

Der jetzige Zustand ist bereits in mehreren Ausschuss- und Beiratssitzungen der beiden Beiratsgebiete Mitte und Findorff angemahnt worden. Er weckt Unsicherheiten und stellt für viele einen Angstraum dar, da gerade die Fuß- und Radwege nur spärlich beleuchtet werden. Aus diesem Grund wurde abschließend im Dezember 2019 die Vorstellung einer Lichtinstallation durch die Beiräte Mitte und Findorff begrüßt und die Umsetzung gefordert.

Haushaltsantrag des Beirates Findorff

Nach § 8 Abs. 4 BeirOG in Verbindung mit § 32 Absatz 1 und 2 BeirOG hat der Beirat Findorff das Recht, Anträge zur Haushaltsaufstellung, insbesondere zu selbst entwickelten Vorhaben und Projekten, bei der fachlich zuständigen senatorischen Behörde zu stellen.

Der Beirat Findorff fordert den Senator für Inneres und die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf, im Haushalt 2022/2023 sowohl die personellen und sachlichen Mittel für die Neuordnung des Verkehrsraums als auch die notwendigen personellen Ressourcen für die wirkungsvolle flächendeckende Überwachung des ruhenden Verkehrs festzuschreiben.

Begründung:

Der „Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition“ für die 20. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2019-2023 entsprechend, soll das Falschparken konsequent verhindert und die illegale Praxis des aufgesetzten Parkens zurückgedrängt werden. Der Beirat unterstützt dieses Ziel und hat mit Beschluss vom 17.12.2019 gefordert, eine konkrete Planung zum Bewohnerparken zu erarbeiten.

Die Herstellung der Verkehrssicherheit und Rettungssicherheit wie der Barrierefreiheit in Findorff setzt voraus, dass Polizei und Ordnungsamt über hinreichende personelle Einsatzkapazitäten verfügen, um straßenverkehrsrechtliche Vorschriften, insbesondere in Bezug auf den ruhenden Verkehr, überwachen und Verstöße ahnden zu können. Der Haushaltsgesetzgeber ist aufgefordert, die dafür notwendigen Mittel sicherzustellen.

Die bisherigen Erfahrungen in Hinblick auf die Einführung des Bewohnerparkens zeigen, dass es für den Erfolg dieser Maßnahme entscheidend ist, die Anwohner*innen in den Planungs- und Umsetzungsprozess miteinzubeziehen. Hierfür bedarf es intensiver Beratungs- und Kommunikationsmaßnahmen und ausreichend personeller Kapazitäten, um die Anwohner*innen beispielsweise bei Informationsveranstaltungen wie Straßenbegehungen einzubinden.

Fraktion Bündnis90/ DIE GRÜNEN im Beirat Findorff

Wir in Findorff!



Der Beirat möge beschließen:

Haushaltsantrag des Beirates Findorff

Bereitstellung der Mittel von 30.000 € für den Ausbau von Public WLAN im Bereich Findorff-Bürgerweide

Der Beirat Findorff fordert die Senatorin für Wirtschaft Arbeit und Häfen auf der Grundlage des § 8 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter auf, im Haushalt 2022/23 Mittel für eine öffentlich zugängliche, digitale Infrastruktur (Public WLAN) im Stadtteilzentrum Findorff bereitzustellen.

Begründung:

Der Ausbau von Public WLAN im Bereich Findorff einschließlich Bürgerweide ist zunächst entlang der wichtigen Wegeverbindungen Admiralstraße, Hemmstraße, Neukirchstraße, am Findorffmarkt und um die Bürgerweide herum erforderlich, um die - Aufenthaltsqualität für Bewohner und Besucher zu erhöhen und - das Stadtteilzentrum zu stärken.

Bisherige Privatinitiativen, meist von Geschäftsleuten, haben nur eine sporadische geringe Abdeckung mit sehr niedriger Bandbreite ermöglicht. Siehe <https://map.bremen.freifunk.net>

Die Umsetzung des Konzepts soll in enger Zusammenarbeit mit Findorffer Geschäftsleuten und der Initiative Freifunk erfolgen.

Dafür wird eine Summe von 30.000 € veranschlagt.

Wir in Findorff!



Bremen, 15.02.2021

Der Beirat Findorff möge beschließen:

Haushaltsantrag des Beirates Findorff

Bereitstellung von 20.000 € für die
Errichtung eines Trinkbrunnens im Stadtteil

Der Beirat Findorff fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf der Grundlage des § 8 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter auf, im Haushalt 2022/23 20.000 Euro für einen Trinkwasserbrunnen sowie dessen Wartung in Findorff bereitzustellen.

Begründung:

Die Auswirkungen des Klimawandels führen zu erhöhten Temperaturen sowie Hitzeperioden. Eine Maßnahme zur Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung im Stadtteil sowie für Stadtteilbesucher:innen ist es, nicht nur an heißen Tagen, gut zugängliche öffentliche Trinkwassermöglichkeiten bereitzustellen. Öffentlich sichtbare Wasser-Trink-Orte leisten einen wichtigen Beitrag zur Entlastung von Haushalten mit geringem Einkommen. Nicht zuletzt reduzieren sie Verpackungsabfälle.

Haushaltsanträge – Fraktion Die Linke

Haushaltsantrag gemäß § 8 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG)

Finanzierung von pädagogischen Begleitungen für Jugendbeiräte/-foren

Nach § 8 Abs. 4 BeirOG in Verbindung mit § 32 Absatz 1 und 2 BeirOG hat der Beirat Findorff das Recht, Anträge zur Haushaltsaufstellung, insbesondere zu selbst entwickelten Vorhaben und Projekten, bei der fachlich zuständigen senatorischen Behörde zu stellen.

Der Beirat Findorff fordert den Haushaltsgesetzgeber mit diesem Antrag auf, im nächsten Haushalt einen eigenen Haushaltstitel mit entsprechendem Etat, 2500€ pro Jahr/pro Jugendbeirat, zu veranschlagen, um die Finanzierung einer pädagogischen Begleitung und Betreuung für die Jugendbeteiligung in Bremen zu gewährleisten.

Begründung:

Seit Jahren sind die Ortsämter und Beiräte mit der Finanzierung einer angemessenen pädagogischen Begleitung ihrer Jugendbeiräte/-foren auf sich alleine gestellt. Es ist immer wieder ein Verwaltungsakt, die Personalkosten zu finanzieren. Es scheint eine Selbstverständlichkeit zu sein, dass Beiräte Personalkosten aus ihren Globalmitteln finanzieren sollen oder gar die Jugendlichen selbst aus ihren Mitteln.

Um eine angemessene Jugendbeteiligung zu fördern und auch zu erhalten, ist es zwingend erforderlich, eine kontinuierliche und qualitative pädagogische Begleitung herzustellen. Gerade das Einbeziehen der Jugendlichen bei Entscheidungen, die ihr Lebensumfeld betreffen, ist ein aufgeführtes Ziel in dem Koalitionsvertrag. Daher sollte für ganz Bremen eine einheitliche Lösung geschaffen werden, durch extra dafür zur Verfügung gestellte Mittel im nächsten Haushalt.

Fraktion DIE LINKE im Beirat Findorff

Haushaltsanträge – Fraktion Die Linke

Haushaltsantrag gemäß § 8 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG)

Kunstrasenplatz auf der BSA Findorff

Nach § 8 Abs. 4 BeirOG in Verbindung mit § 32 Absatz 1 und 2 BeirOG hat der Beirat Findorff das Recht, Anträge zur Haushaltsaufstellung, insbesondere zu selbst entwickelten Vorhaben und Projekten, bei der fachlich zuständigen senatorischen Behörde zu stellen.

Der Beirat Findorff fordert den Haushaltsgesetzgeber mit diesem Antrag auf, im nächsten Haushalt, Mittel für einen weiteren Kunstrasenplatz auf der Bezirkssportanlage Findorff bereitzustellen.

Begründung:

Die SG Findorff ist ein Mehrspartenverein mit verschiedenen Abteilungen. Ihren über 3000 Mitgliedern, vom Krabbelalter bis hin zum Seniorenalter, stehen in 15 Abteilungen ein breites Sportangebot zur Verfügung. Allein die Fußballabteilung bietet mit einem breiten Angebot von 30 Mannschaften die Möglichkeit, altersgerecht und leistungsorientiert zu trainieren. Hinzu kommt noch der VfL 07 mit seinen 180 Mitgliedern und insgesamt fünf Mannschaften. Bislang können die Vereine ihren Sportler*innen Trainings- und Wettkampfmöglichkeiten auf jeweils mehreren Naturplätzen und einem Kunstrasenplatz bieten - letzterer ist hoch ausgelastet. Da die Rasenplätze in den Wintermonaten je nach Witterung kaum bzw. gar nicht zur Verfügung stehen, kommt es hier regelmäßig zu Engpässen. Deshalb ist eine Umwandlung auf Kunstrasen im Hinblick auf den sportlichen Ganzjahresbetrieb sinnvoll.

Fraktion DIE LINKE im Beirat Findorff

Haushaltsanträge – Fraktion Die Linke

Haushaltsantrag gemäß § 8 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG)

Beleuchtung des Rad- und Fußweges am Hochschulring zwischen Parkplatz Nord und Wohnmobilstellplatz

Nach § 8 Abs. 4 BeirOG in Verbindung mit § 32 Absatz 1 und 2 BeirOG hat der Beirat Findorff das Recht, Anträge zur Haushaltsaufstellung, insbesondere zu selbst entwickelten Vorhaben und Projekten, bei der fachlich zuständigen senatorischen Behörde zu stellen.

Der Beirat Findorff fordert den Haushaltsgesetzgeber mit diesem Antrag auf, im nächsten Haushalt Mittel für den Bau einer Beleuchtung für den Rad- und Fußweg am Hochschulring zwischen Parkplatz Nord (Stadtwaldsee) und Wohnmobilstellplatz am Hanse-Camping Bremen bereitzustellen.

Begründung:

Dieser Weg ist für Radfahrer*innen die kürzeste Verbindung von den Wohnhäusern in Findorff zur Universität Bremen. Die öffentlichen Verkehrsmittel (Buslinie 28) fährt nur 2- bis 3-mal die Stunde. Besonders in der dunklen Jahreszeit ist der unbeleuchtete Weg nur schwer zu passieren. Es ist daher sinnvoll, den Weg zu beleuchten, damit die in Findorff lebenden Studierenden und Beschäftigten der Universität, diese auch ohne Auto sicher erreichen können.

Hier geht es in erster Linie darum das Sicherheitsgefühl der Radfahrer*innen zu stärken.

Fraktion DIE LINKE im Beirat Findorff

DIE LINKE.

Fraktion im Beirat Findorff

Marcel Julian Gaytan Manriquez
Beiratsmitglied

Regensburger Str. 40
28215 Bremen

E-Mail:
marcel.gaytan@dielinke-bremen.de

www.dielinke-bremen-nordwest.de

Bremen, 03.12.21

DIE LINKE. Im Beirat Bremen-Findorff
c/o Marcel Gaytan, Regensburger Str. 40, 28215 Bremen

Christina Contu
Stadtteilsachgebietsleiterin Findorff

Waller Heerstr. 99

28219 Bremen

Betreff: Änderung Pauschsatz-Verordnung

Es kommt immer wieder vor, dass Beiratsmitglieder ihre minderjährigen Kinder oder andere pflegebedürftige Personen selbst betreuen müssen und deshalb nicht an den Beiratssitzungen oder Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen können.

Auch ist wiederholt festzustellen, dass sich Beiratsmitglieder bei Sitzungen vorzeitig abmelden müssen, um sich um ihre minderjährigen Kinder zu kümmern und deren Betreuung zu übernehmen.

Die Aufwandsentschädigung in Höhe von 25 Euro pro Sitzung ist regelmäßig nicht ausreichend, um die Aufwendungen für Kinderbetreuung oder eine Assistenz zu decken. Sitzungen können sich über mehrere Stunden, in der Regel zwischen 2 bis 3 Stunden, zum Teil sogar länger, erstrecken.

Die Vereinbarkeit von Betreuung der minderjährigen Kinder und dem ehrenamtlichen Engagement als Beiratsmitglied ist von elementarer Bedeutung und darf nicht im Widerspruch zueinanderstehen bzw. zu keinen zusätzlichen, finanziellen Lasten für Mandatsträger*innen führen.

Es muss allen Menschen, insbesondere aber auch jungen Menschen mit minderjährigen Kindern, ermöglicht werden, ein solches Ehrenamt zu übernehmen. Mehr noch - es müssen die Rahmenbedingungen attraktiver gestaltet werden, damit gerade auch jüngere Menschen sich politisch engagieren wollen und können.

Junge Menschen sind unsere Zukunft und sie sollen sich bei der Gestaltung der Zukunft gerade vor Ort auf Stadtteilebene einbringen können. Darüber hinaus sollen die Beiräte ja ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen. Wenn man sich die Zusammensetzung der Beiräte anschaut, ist dies eindeutig nicht gegeben. Die junge Bevölkerung ist völlig unzureichend und unangemessen

repräsentiert. Es muss das Ziel aller politischen Akteure auf allen Ebenen sein, junge Menschen für ein politisches Engagement zu gewinnen! Daher soll als ein Baustein der Pauschsatz für Sorgeberechtigte minderjähriger Kinder angehoben werden.

Der Beirat Findorff möge beschließen:

*Der Beirat Findorff bittet, den Pauschsatz gemäß Pauschsatzverordnung für Mandatsträger*innen, die ein minderjähriges Kind bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres [12. Geburtstag] oder andere pflegebedürftige Personen [Kinder über 12 mit besonderem Betreuungsbedarf, pflegebedürftige Erwachsene] betreuen, sowie für Mandatsträger*innen, sofern diese zur Teilnahme an den Sitzungen auf eine Assistenz angewiesen sind, zu erhöhen. Die Erhöhung des Pauschsatzes soll den Mandatsträger*innen, welche das Sorgerecht für minderjährige Kinder haben bzw. pflegebedürftige Personen betreuen, eine Betreuung, sowie für Mandatsträger*innen, sofern diese zur Teilnahme an den Sitzungen auf eine Assistenz angewiesen, eine Assistenz und damit eine uneingeschränkte Mandatsausübung ermöglichen.*

Marcel Julian Gaytan Manriquez und die Fraktion DIE LINKE in Findorff



**Antrag: Aufenthaltsqualität in den Quartieren und Stadtteilen weiter verbessern:
Programm „1000 Bänke für Bremen“ umsetzen!**

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Findorff fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf, mit uns ein Konzept abzustimmen, das unter Einbezug von SponsorInnen und Vereinen darstellt, an welchen Orten in Findorff Sitzbänke aufgestellt und wie die Finanzierung des Programms „1000 Bänke für Bremen“ u.a. aus dem Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ sichergestellt werden soll.

Begründung:

Die Stadtteile mit ihren Zentren und Grünanlagen sind für das Wohlbefinden der BürgerInnen in der modernen Stadtgesellschaft entscheidende Orte. Sie lebenswert und attraktiv zu gestalten, sollte auch ein zentrales Anliegen für Findorff sein.

Insbesondere Sitzbänke als Orte des Verweilens oder einfach des kurzfristigen Ausruhens sind wichtige Bestandteile der örtlichen Aufenthaltsqualität. Zudem sind sie eine wichtige Entlastung im täglichen Leben für Menschen mit Behinderungen oder SeniorInnen, deren Mobilität Momente des Ausruhens voraussetzt. Somit sind Bänke wichtige Elemente einer senioren- und behindertengerechten urbanen Infrastruktur. Auch für Väter und Mütter mit Kindern sind Sitzbänke wichtige Elemente, um gemeinsam im Quartier außerhäuslichen Aktivitäten nachzugehen. Gerade die aktuelle Zeit der Corona-Einschränkungen zeigt, wie wichtig es ist, sich auch außerhalb von Gastronomiebetrieben oder Einkaufsmöglichkeiten im Freien an frischer Luft aufhalten und entspannen zu können.